



Ein Polymechniker in Ausbildung an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

EMANUEL PER FREUDIGER

Die Hürde Französisch fällt weg

Fachhochschule Was der Bund einst verbot, lässt er wieder zu: Die Zulassung via Aufnahmeprüfung

VON DORIS KLECK

Während Jahren war die Praxis unbestritten: Leute mit einer abgeschlossenen Berufslehre konnten via Aufnahmeprüfung die Zulassung für ein Studium an einer Fachhochschule erhalten – auch ohne Berufsmaturitätszeugnis in der Tasche. Ein (harmloses) Postulat der Thurgauer CVP-Ständerätin Brigitte Häberli-Koller setzte dieser Praxis ein Ende. Sie hatte vom Bundesrat einen Bericht über die Zulassungspraxis der Fachhochschulen verlangt. Hintergrund war die Befürchtung, dass Gymnasiasten zu einfach an die Fachhochschulen zugelassen werden. Der Bundesrat zerstreute mit seinem Bericht diese Sorge. Doch gleichzeitig wurde ihm bewusst, dass einige Fachhochschulen quasi eine Ersatzprüfung für die Berufsmaturität anbieten. Der Bundesrat erachtete dies als nicht gesetzeskonform. Aufnahmeprüfungen sind demnach Studienanwärtern aus dem Ausland vorenthalten.

Druck aus der Nordwestschweiz

So wurde die Verwaltung aktiv. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) untersagte im Dezember 2011 die Zulassungsprüfung für Studieninteressierte mit einem Eidg. Fähigkeitszeugnis. Für Jürg Christener, Direktor der Hochschule für Technik an der Fachhochschule Nordwestschweiz, ein Affront. Wer ernsthaft von Mint-Förde-

rung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) spreche, könne doch nicht aus formellen Gründen gut qualifizierte Leute vom Studium abhalten.

Die FHNW und die Hochschule Luzern machten erfolgreich Druck. Das SBFI ist nun auf seinen Entscheid zurückgekommen.

Zulassungsprüfungen sind ab diesem Sommer wieder erlaubt – unter gewissen Bedingungen. So gilt die Ausnahmeregelung nur für klar definierte Studienrichtungen im Mint-Bereich und für Personen ab 25 Jahren. Zudem ist die Massnahme befristet auf drei Startjahrgänge. Begründet wird sie mit dem Fachkräftemangel.

Sorge um die Berufsmaturität

Nicht bei allen Fachhochschulen stösst der Entscheid des Bundes auf Begeisterung. Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

(ZHAW) etwa verzichtet auf die Wiedereinführung der Aufnahmeprüfung, weil man den Zugang über die Berufsmaturität stärken wolle. Mit dem gleichen Argument verteidigte Bundesrat Johann Schneider-Ammann das Verbot noch vor zwei Jahren: «Damit wird die Berufsmaturität

Diese Studenten gehören oft zu den Besten ihres Jahrgangs.

gestärkt und im Ergebnis auch die Qualität und Attraktivität der Ingenieurausbildung», sagte er in der Fragestunde des Nationalrates. Christener indes betont, dass man mit den Aufnahmeprüfungen nicht die Berufsmaturität konkurrenzieren wolle: «Die Stärkung der Durchlässigkeit des Bildungssystems ist ebenfalls wichtig.»

Nur die Ausnahme

Vor allem aber bleibt der Weg über die Zulassungsprüfung eine Ausnahme. An der Hochschule Luzern sind es jährlich rund 20 Studen-

ten, die nach einer Prüfung das Bachelor-Studium beginnen, an der FHNW sind es wenige mehr. Denn der Weg ist anspruchsvoll. Das Niveau der Prüfung entspricht demjenigen der Berufsmaturität. Der einzige Unterschied besteht darin, dass das Französisch nicht geprüft wird. Doch diese Hürde haben auch Leute mit der deutschen Fachhochschulreife nicht zu nehmen.

Der Bund hat die Möglichkeit zur Zulassungsprüfung auf drei Jahrgänge befristet. Christener begrüsst die Befristung als Kompromissformel, doch er macht keinen Hehl daraus, dass er sie für wenig sinnvoll hält: «Der Fachkräftemangel wird sich in drei Jahren nicht in Luft aufgelöst haben.» Ähnlich tönt es bei der Hochschule Luzern. Dort geht man davon aus, dass die Befristung mit dem Reporting zu tun hat. Das SBFI will die Massnahme 2017 evaluieren. Gut möglich also, dass es danach weitergeht. Denn die Erfahrung der FHNW und der Hochschule Luzern mit Studenten, die via Aufnahmeprüfung zugelassen wurden, sind sehr gut. Eine Untersuchung der FHNW zeigt, dass sie im ersten Studienjahr erfolgreicher abschneiden als die Absolventen einer technischen Berufsmaturität 2. Und bei der Hochschule Luzern heisst es, dass diese Studenten oft zu den Besten ihres Jahrgangs gehören und auf dem Arbeitsmarkt besonders begehrt sind – aufgrund ihrer Erfahrung und Reife.

Zugang an die Fachhochschule

Als Königsweg für ein Studium an einer Fachhochschule gilt die **Berufsmaturität (BM)**, welche die berufliche Grundbildung mit **einer erweiterten Allgemeinbildung** kombiniert. Die BM kann auf zwei Arten erworben werden: Entweder parallel zur Lehre (BM 1) oder danach als Vollzeit- oder Teilzeitlehrgang

(BM 2). Gymnasiasten müssen nach der Matura ein Jahr **Erfahrung in der Arbeitswelt** sammeln, um an einer Fachhochschule zugelassen zu werden. Unter gewissen Bedingungen ist auch die Zulassung von Leuten mit einer Berufslehre, aber ohne Berufsmaturität wieder möglich. (DK)

Gelöschte Vorstrafen sollen sichtbar bleiben

Vorstrafen werden nach einer gewissen Zeit aus dem Strafregister gelöscht. Selbst notorische Wiederholungstäter müssen dann vom Gericht so behandelt werden, als hätten sie vorher noch nie eine Straftat begangen. Das will der Bundesrat nun ändern.

Heute müssen Einträge im Strafregister je nach Schwere der Tat 10 bis 20 Jahre nach Verbüßung der Strafe gelöscht werden. Bedingt ausgesprochene Urteile oder Geldstrafen werden nach zehn Jahren aus der Datenbank entfernt. Nach der Löschung darf ein Richter frühere Verurteilungen in einem neuen Verfahren nicht mehr berücksichtigen – selbst wenn er von der Vorstrafe weiss.

Die Folge sind systematische Fehlerurteile, wie der Solothurner CVP-Ständerat Pirmin Bischof in der Begründung einer Motion kritisierte. Bischof fordert, die Fristen zu verlängern. Zudem sollen gelöschte Einträge für Richter weiterhin sichtbar sein und bei neuen Urteilen berücksichtigt werden können. Der Bundesrat hält das Anliegen für berechtigt und will es prüfen. (SDA)

Erster Verhandlungstag mit der EU

Die Schweiz und die EU haben gestern in Bern die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufgenommen. Den Weg dazu freigemacht hatte der Bundesrat Ende April mit dem Entsch. nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar dennoch kroatische Bürger vorläufig gleichberechtigt zum Arbeitsmarkt zuzulassen, ohne aber das Protokoll zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit zu unterzeichnen.

Die Annahme der Initiative hat die Ausgangslage für die Verhandlungen völlig verändert. In Bern wird derzeit also im luftleeren Raum verhandelt: Die Delegationen können sich zwar auf Lösungen für institutionelle Fragen einigen. Zum Abschluss kommt es aber nur dann, wenn für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative eine Lösung vorliegt, mit der auch die EU leben kann.

Gestern wurde über institutionelle Fragen verhandelt. Konkret geht es um die Weiterentwicklung des Rechts der bilateralen Abkommen, die Überwachung und Auslegung der Abkommen sowie die Regelung von Streitigkeiten. Der letzte Punkt wird in der Schweiz unter dem Schlagwort «fremde Richter» schon heute heftig diskutiert.

Kontrovers beurteilt wird bereits die Stossrichtung des Bundesrats. Er stellt sich auf den Standpunkt, das Volk habe sich am 9. Februar zwar für eine Neuordnung der Zuwanderungspolitik, nicht aber gegen den bilateralen Weg ausgesprochen. (SDA)

FDP fordert Reformprogramm für die Wirtschaft

Wettbewerb Die FDP will die Schweizer Wirtschaft fit machen. Die gestern vorgestellten parlamentarischen Vorstösse zielen auf tiefere Steuern und weniger Regulierung.

VON CHARLOTTE WALSER (SDA)

Viele der Forderungen stelle die FDP seit Jahren, hielt die Partei gestern vor den Medien in Bern fest. Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative seien Reformen nun aber dringender denn je. Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohl-

stand seien gefährdet, sagte FDP-Präsident Philipp Müller. Viele Firmen seien verunsichert.

Tiefe Unternehmenssteuern

Weit oben auf der Wunschliste der FDP steht daher eine rasche Umsetzung der geplanten Unternehmenssteuerreform III mit tieferen Gewinnsteuersätzen. Steuerausfälle sollen nicht kompensiert werden. Stattdessen soll der Staat das Ausgabenwachstum bremsen.

Dem Parteipräsidenten liegt ausserdem eine Reform der Mehrwertsteuer besonders am Herzen. Obwohl das Parlament einen Einheitssatz erst vor kurzem abgelehnt hat, hält Mül-



«Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sind gefährdet.»

Philipp Müller, FDP-Präsident

ler daran fest. Mit einer Motion fordert er einen Einheitssteuersatz von sechs Prozent.

Frauen in den Arbeitsmarkt

Wichtig ist der FDP ferner, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Dies betrifft vor allem Frauen und ältere Arbeitnehmende. Anders als für Bundesrat Ueli Maurer seien Frauen für die FDP keine Gebrauchsgegenstände, sagte Nationalrat Andrea Caroni (AR).

Die Frauen will die FDP mit höheren Steuerabzügen für externe Kinderbetreuung in den Arbeitsmarkt locken, die älteren Arbeitnehmenden

durch tiefere Vorsorgebeiträge für die Unternehmen attraktiver machen.

Für das Bankgeheimnis im Inland

Einen Abbau der Bürokratie fordert die FDP unter anderem bei der Arbeitszeiterfassung und im Lehrlingswesen. Bei der Umsetzung von internationalen Standards für den Finanzplatz will sie sich gegen einen «Swiss Finish» wehren und das Bankgeheimnis im Inland verteidigen.

Unter den weiteren Forderungen der FDP sind die Förderung von Forschung und Innovation sowie die Neuverhandlungen des Grenzgan-ger-Abkommens mit Italien.